

SUISSE.ING EMPFIEHLT EIN JA ZUM KLIMAGESETZ

Das «Bundesgesetz über die Ziele im Klimaschutz, die Innovation und die Stärkung der Energiesicherheit» ist als indirekter Gegenvorschlag zur Gletscher-Initiative ein Impulsgeber für die Schweizer Klimapolitik. Erstmals wird gesetzlich verankert, dass die Schweiz ihre Treibhausgasemissionen bis ins Jahr 2050 auf Netto-Null reduziert. Damit will die Schweiz auf die Erkenntnisse der Klimawissenschaft reagieren und einen Beitrag zu den Herausforderungen, die durch den Klimawandel entstehen, leisten. Der Verband suisse.ing und seine Mitglieder unterstützen die Politik des Bundes und die Energiewende ideell sowie in ihrem täglichen Einsatz als beratende Ingenieurunternehmen. Klimaschutz betrifft die Ingenieur-Branche inhaltlich und wirtschaftlich zentral. Der suisse.ing-Vorstand hat deshalb eine JA-Empfehlung beschlossen und veröffentlicht.

Die Hauptinhalte des Gesetzes lauten:

- Netto-Null-Emissionsziel der Schweiz bis 2050
- Absenkpfad für die Treibhausgasemissionen sowie sektorale Ziele für Gebäude, Verkehr und Industrie.
- Zwei Förderungsinstrumente:
 - Impulsprogramm Ersatz fossiler Heizungen und Effizienzsteigerung in Gebäuden (2 Mia. CHF über 10 Jahre)
 - Förderung neuartiger Prozesse und Technologien in der Industrie (1.2 Mia. CHF über 6 Jahre)

Argumente aus Sicht von suisse.ing

1. Planungs- und Investitionssicherheit schaffen

Das Impulsprogramm Heizungsersatz und Energieeffizienz ist auf zehn Jahre angelegt und schafft damit eine garantierte Nachfrage. Dies schafft Planungssicherheit für Unternehmen für die nötigen Investitionen in die Ausbildung von Fachkräften, den Ausbau von Produktionskapazitäten und in neue Technologien.

2. Anreize für Gebäudesanierungen setzen

Das Klimaschutzgesetz schafft wichtige Anreize zur Gebäudesanierung. Die aktuell unter 1 Prozent liegende Sanierungsquote muss im Minimum auf 2 bis 3 Prozent gesteigert werden, damit das Netto-Null-Ziel im Gebäudesektor bis 2050 in realistische Nähe gelangt. Für die weitere Steigerung der Sanierungsquote müssen im Planungs- und Bauprozess bestehende bürokratische Hürden und Regulierungen abgebaut werden.

3. Energiesicherheit und Unabhängigkeit gewährleisten

Die Schweiz und die Bauwirtschaft haben kürzlich erlebt, was es heisst, von ausländischen fossilen Energieträgern abhängig zu sein. Hochvolatile Energiepreise aufgrund der weltpolitischen Lage seit dem Überfall Russlands auf die Ukraine wurden für BürgerInnen und Unternehmen gleichermassen zur Belastung. Länder mit höherem Anteil erneuerbarer Energien waren von der Energiekrise 2022 weniger stark betroffen. Dies zeigt, wie im Inland produzierte erneuerbare Energie einen Beitrag leistet zur Versorgungssicherheit, Unabhängigkeit und Krisenresistenz der Schweiz.

4. Aufträge für die Branche schaffen

Von den jährlichen 200 Millionen Franken des Impulsprogramms Heizungsersatz und Energieeffizienz im Klimaschutzgesetz profitiert die Planungs- und Bauwirtschaft: Jede energetische Sanierungsmassnahme muss geplant und gebaut werden und schafft Auftrags- und Umsatzvolumen für alle Teilbranchen. Dies stützt die Nachfrage nachhaltig und stärkt die Rolle der Bauwirtschaft als krisenfester Teil der Volkswirtschaft.

5. Schweizer Energie und Schweizer Arbeitsplätze

Heute fließen jedes Jahr 8 Milliarden Franken für Erdöl, Erdgas und Kohle ins Ausland ab. Wenn wir auf einheimische Energie setzen, bleibt ein grosser Teil dieses Geldes in der Schweiz. Ein «moderater Ausbau» der erneuerbaren Energien würde gemäss einer Studie der Zürcher Hochschule für angewandte Wissenschaften bis 2035 über 52'000 zusätzliche Arbeitsplätze schaffen. Die Energiewende kommt aber nicht von allein: wir müssen sie machen.